

Zeitschrift: Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz
Herausgeber: Verlagsgenossenschaft Schweizer Soldat
Band: 75 (2000)
Heft: 10

Rubrik: Standpunkt

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 04.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

«Frieden – sparen – Abrüstung – umverteilen»



«Die Armee der Zukunft muss sich rascher und unkomplizierter als heute in den Dienst des Landes stellen können. Nur so kann sie der steigenden Nachfrage nach Sicherheitsleistungen entsprechen.»

– «Die Armee XXI wird trotz neuer Dienstleistungsmodelle – wie zum Beispiel Durchdiener – eine Milizarmee bleiben. Auch in der neuen Armee gibt es eine kantonale Militärhoheit.»

– «Am dreiteiligen Armeeauftrag: Friedensunterstützung und

Krisenbewältigung, Raumsicherung und Verteidigung, Bewältigung existenzieller Gefahren wird festgehalten.»

– «Die Jungen erwarten, dass unsere Konzeptionen den militärischen Alltag nachhaltig verändern. Sie wollen nicht nur die Etiketten. Sie wollen neue Inhalte. Wir predigen schon lange gegen die Leerläufe in der Armee. Mit der Armee XXI müssen wir unwiderruflich den Gang einlegen.»

Das sind klare Vorstellungen unseres Chefs VBS über die zukünftige Armee. Aber bevor die Armee XXI realisiert werden kann, gilt es eine Hürde zu überspringen: Die im November zur Abstimmung gelangende Umverteilungsinitiative. «Mit überzeugenden Argumenten und Leistungen der Armee, die Vertrauen schaffen, wollen wir diese Hürde erfolgreich nehmen», ermuntert Bundespräsident Adolf Ogi das Schweizervolk.

Die Initianten der Umverteilungsinitiative möchten die Ausgaben für unsere Landesverteidigung innerhalb von zehn Jahren auf die Hälfte des Standes von 1987 reduzieren. Einen Drittel der eingesparten Gelder möchten sie für internationale Friedenspolitik einsetzen. Und mit einem Konversionsfonds sollen die verloren gegangenen Arbeitsplätze durch neue ersetzt werden.

Die Umverteilungsinitiative strebt eine willkürliche Festlegung der Kosten für die schweizerische Landesverteidigung auf unverantwortlich tiefem Niveau in der Bundesverfassung an. Die Initianten nützen angesichts der geringen Chance ihres radikalen Ansinnens seit Wochen jede propagandistische Möglichkeit, die Sicherheitspolitik und die Armee zu verunglimpfen. Auf die inszenierte Aufregung über den seit Jahren angekündigten und von Sachverständigen unbestrittenen Ersatz von 40 Jahren alten Schützenpanzern folgt nun der öffentliche Streit um den Bestand und die Kosten der künftigen Armee XXI.

Bei der Umverteilungsinitiative handelt es sich um eine Neuaufgabe der 1995 vom Parlament für ungültig erklärten Halbierungsinitiative. Zu den Hauptzielen der Initiative zählen unter anderem die Verstärkung der internationalen Friedenspolitik sowie die Umwandlung von betroffenen Betrieben.

Hierzu schreibt CVP-Nationalrat Josef Leu in der Armee-Logistik 5/2000: «Die Mitglieder des Initiativkomites müssen sich den Vorwurf gefallen lassen, von den bisherigen Aktivitäten des Bundes im Bereich der Friedensförderung als Beitrag an die kollektive Sicherheit kaum Kenntnis genommen zu haben. Unser Land nimmt direkt am Aufbau einer europäischen Sicherheitsordnung teil. Es trägt somit in Solidarität zur Stabilität des Kontinents bei; dies auch aus einem berechtigten Eigeninteresse, nämlich zu Gunsten unserer eigenen Sicherheit.

Erwähnenswert sind in diesem Zusammenhange unsere Aktivitäten im Rahmen der OSZE, des Nato-Programmes «Partnerschaft für den Frieden» und der UNO. Mit dem Genfer Zentrum für Sicherheitspolitik (GZS) und dem «International Relations and Security Network» (ISN) stellt die Schweiz der internationalen Gemeinschaft zwei neue Instrumente zur Verfügung: das eine im Bereich der Ausbildung, das andere im Bereich der Verbreitung von nicht klassifizierten Informationen über Sicherheitspolitik im Internet.

Nicht vergessen dürfen wir auch unseren Beitrag zur Lösung des weltweiten Problems der Minen mit der Gründung eines Internationalen Zentrums für humanitäre Minenräumung, welches durch das VBS finanziert wird. Aus sicherheitspolitischen Überlegungen erachtet es die Schweiz als unerlässlich, die Länder Zentral-, Südost- und Osteuropas bei ihren Reformen zu unterstützen, um damit Ursachen von Konfliktpotential zu beheben; dies aus der klaren Überzeugung, dass eine wirtschaftliche Entwicklung eine Voraussetzung für politische Stabilität ist. Die Schweiz leistet also ihren Beitrag! Zudem kann es nicht darum gehen, dass aus der Vorsorge für unsere eigene Sicherheit ein politischer Steinbruch wird.

Mit der Neuausrichtung der ehemaligen Rüstungsbetriebe in den privatwirtschaftlich geführten Ruag-Konzern, welcher übrigens bereits im ersten Jahr schwarze Zahlen schreiben konnte, wird aktive und realisierbare Konversionspolitik betrieben. Auch andere Regierungsbetriebe des Bundes – wie SBB, Post usw. – müssen einen Personalabbau durchstehen, ohne dass von ihnen eine besondere Konversionspolitik gefordert worden wäre. Der Umbauprozess läuft schon lange, und die von den Befürwortern der Umverteilungsinitiative vorgeschlagenen Konversionsinstrumente gehören ebenfalls schon lange zum normalen Instrumentarium der Regional- und Kulturpolitik von Bund und Kantonen.

Die sozialdemokratischen Verteidigungsminister Frankreichs, Deutschlands und Grossbritanniens ziehen aus den jüngsten Erfahrungen andere Konsequenzen zur Gestaltung einer umfassenden Sicherheitspolitik, als es unsere Ratslinke tut. Diese beschränkt sich nämlich darauf, vom Schreibtisch aus internationaler Lehrmeister sein zu wollen. Doch es bleibt dabei: Die Umverteilungsinitiative ist nicht durchdacht, auch nicht zu Ende gedacht und deshalb nicht annehmbar.» Eine Annahme der Umverteilungsinitiative würde die Zukunft der schweizerischen Landesverteidigung in Frage stellen und nicht zuletzt 6000 Arbeitsplätze vor allem in den Randregionen vernichten! Die Sorge der Initianten um deren Existenz ist heuchlerisch. 1989 sind die Armeegeegner mit der direkten Abschaffung der Armee an der Urne gescheitert. Seither versuchen sie, der Armee in Raten die Mittel und Möglichkeiten zu entziehen, bis die verfassungsmässige Aufgabe nicht mehr erfüllbar ist. Diese Taktik wurde jedoch vom Stimmvolk noch jedesmal durchschaut und deutlich desavouiert.

Es ist klar, die Umverteilungsinitiative hat keine Zustimmung verdient und muss vom Souverän mit aller Deutlichkeit abgelehnt werden. Die Ungewissheit über die für eine glaubwürdige Verteidigung verfügbaren Finanzen muss mit dem 26. November beendet werden!

W. Hungerbühler

Werner Hungerbühler, Chefredaktor